

aus der Zurückhaltung! Mitarbeit im demokratischen Sinne in Staat und Gemeinde ist Liebe zur Heimat und zum Volkstum!“ „Versager“ waren für ihn Haslach, wo zwei Besucher zur Versammlung gekommen waren, und Hausach mit vier Teilnehmern. In Wolfach erschienen zwar 30 Personen, „die Bildung eines Ortsvereins konnte wieder nicht vorgenommen werden, Schwarz ist hier Trumpf. Dann ebenfalls die Interesselosigkeit am politischen Geschehen“. Der größte Erfolg war in Schiltach zu verzeichnen, wo der offenbar geschätzte Dr. Wäldin an die 150 Zuhörer angezogen hatte. Die Erfahrungen dieser Apriltage waren für G. Trautwein so, daß er einen Rückgang des politischen Interesses im Vergleich zu 1945/46 konstatierte, für den er vor allem die Entnazifizierung verantwortlich machte, die „eine Verbitterung (schuf), die nicht so leicht wieder aus dem Volke hinausgebracht werden kann“; „das Bürgertum zieht sich resigniert zurück . . . , drei Jahre Besatzungspolitik haben genügt, um weiten Schichten als Anschauungsunterricht zu dienen“.

Im November 1948 sollten Wahlen der Gemeinderäte und der Kreisabgeordneten stattfinden, deren Vorbereitung für den Kreisvorsitzenden der DP eine neue Arbeitsbelastung brachte. Es waren nicht nur alle Versammlungen sechs Tage vor Termin beim Landratsamt bzw. dem Gouvernement Militaire zur Genehmigung anzumelden, sondern auch die manchmal nur mit Mühe gefundenen Kandidaten einer umfangreichen Prozedur über ihre „Wählbarkeit in politischer Hinsicht“ zu unterziehen, über die die Untersuchungsausschüsse bzw. das Staatskommissariat für politische Säuberung die letzte Entscheidung fällten und für die auch der Sichtvermerk der Militärregierung nicht fehlen durfte. Anzugeben waren „an Eides Statt“ die eventuelle Mitgliedschaft in der NSDAP, in einer ihrer Gliederungen sowie ausgeübte Ränge, Ämter und Funktionen, wobei bloße Mitgliedschaften und Ränge bis zur „Blockstufe“ bereits als „Begünstigte“ galten und in der Regel nicht zur Aberkennung des passiven Wahlrechts führten. G. Trautwein sah diese Praxis als sehr schädlich an, weil „es sehr schwer gemacht wird, daß sich Menschen für die Demokratie zur Mitarbeit bereiterklären“; im benachbarten Württemberg, bei den „in Freiburg so gehaßten Schwaben“, ginge man mit der ganzen Sache sehr viel einfacher um, ein Kandidat brauche nur 10 Bürgen und „fertig ist’s“, und er teilte die in Radio Stuttgart geäußerte Vermutung, „daß Südbaden neben politischen Bedenken eben auch konfessionelle hätte“. Schwierigkeiten für die Wahlkampagne bereitete auch das noch immer bestehende Nachtfahrverbot, das für Parteivorstände, -kandidaten und -redner von der Militärregierung eigens aufgehoben werden mußte, nicht zu vergessen der Mangel an Benzin, von dem G. Trautwein über seine Partei in Form von Marken „ein bescheidenes Kontingent“ zugewiesen bekam.

Das Wahlergebnis vom 14. 11. brachte im Schiltacher Gemeinderat der SPD jetzt 4, der DP 3 und der CDU 1 Sitz ein, womit G. Trautwein nicht unzufrieden war, zumal er selber für den Kreistag kandidiert und dort einen Sitz errungen hatte. In einem vom Gouvernement Militaire von ihm als